

Weshalb ein Mindestzins für die zweite Säule Sinn ergibt

Trotz der Krise konnten in der Schweiz Rentenkürzungen vermieden werden

Monika Bütler

Ich möchte eine Aktie kaufen», meinte unser Zehnjähriger kürzlich. Die Idee wäre gar nicht so schlecht. Aktien sollte man in jungen Jahren kaufen, wenn langfristige Wachstumschancen noch wichtiger sind als kurzfristige Risiken.

Auf sieben magere Jahre folgen irgendwann wieder sieben fette Jahre. Davon jedenfalls ging der Gesetzgeber aus, als er den Mindestzinssatz in der beruflichen Vorsorge einführte. Dieser sollte eine im mehrjährigen Durchschnitt erzielbare Rendite abbilden. Den Versicherten wird während magerer Jahre eine «zu hohe» Rendite gutgeschrieben, zulasten der Versicherten, die vor- oder nachher von fetten Zeiten profitieren. Die zweite Säule ist auch eine Versicherung gegen kurzfristige Schwankungen auf dem Kapitalmarkt.

Das Investitionsrisiko in der Altersvorsorge ist bedeutend, wie die gegenwärtige Krise zeigt. Die durchschnittliche Rendite der Pensionskasse betrug 2008 minus 12 Prozent, einige Kassen hatten Verluste von bis zu 30 Prozent. Hätte die Verzinsung der Vorsorgegelder der damals erzielten Rendite entsprochen, hätten die im Jahre 2009 Pensionierten eine rund 10 bis 20 Prozent tiefere Rente erhalten als ihre Vorgänger. Was in der Schweiz schwer vorstellbar ist, war in Ländern wie den USA, Chile und Australien bittere Wirklichkeit – mit noch viel höheren Verlusten für die

Alterssparer. Weil in der Schweiz vor der Krise die Mindestverzinsung unter den erzielten Renditen lag und damit Polster für schlechte Zeiten angelegt wurden (wenn auch zu knapp), konnten Rentenkürzungen vermieden werden. Und dennoch: Niemand mag ihn, den Mindestzins in der beruflichen Vorsorge. Sind die Renditen tief, stöhnen Pensionskassen und Versicherungen. Sind die Renditen hoch, rufen die Gewerkschaften: Rentenklau! Die beiden Seiten liegen dabei viel näher, als man denkt: Beide verlangen, dass sich der Mindestzins stärker an den Marktzinsen orientiert – allerdings zu unterschiedlichen Zeitpunkten: die Gewerkschaften dann, wenn die Renditen hoch sind, einige Anbieter, wenn sie sich nach unten bewegen.

«Mindestzins näher beim Marktzins» klingt verführerisch plausibel. Die Versicherung, die ein nicht zu flexibler Mindestzins impliziert, geht dabei vergessen – zum Schaden der Versicherten. Individuen können sich nämlich schlecht gegen Renditeschwankungen durch Konjunkturzyklen und Krisen absichern. Der Mindestsatz schliesst tatsächlich eine Marktlücke. Dies zeigt sich auch im BVG-Überobligatorium. Obwohl es dort keine Vorschriften zur Verzinsung gibt, wenden die meisten Versicherungen und Pensionskassen freiwillig einen über die Zeit relativ konstanten (Mindest-)Zins an.

Der Mindestzins impliziert nicht nur die erwähnte Versicherung gegen Renditeschwankungen. Er ist auch eine wichtige Orientierungsgrösse für die Versicherten in einem sehr komplexen Umfeld. Aus der Forschung wissen wir, dass Individuen bei der Planung fürs Alter Fehler machen: Sie unterschätzen Risiken, befolgen für sie ungünstige Ratschläge, können schlecht zwischen realen und nominalen Grössen unterscheiden. Würde die Verzinsung des Alterskapitals so

stark schwanken wie das unterliegende Portefeuille, wäre das Vertrauen der Versicherten in die Kassen noch geringer.

Im Übrigen schützt die Mindestverzinsung indirekt die Steuerzahler. Die berufliche Vorsorge sichert nicht nur die Fortführung des bisherigen Lebensstandards, sondern teilweise auch die Existenz. Die AHV-Maximalrente liegt rund 1000 Franken pro Monat unter dem durch die Ergänzungsleistungen garantierten Einkommen. Wenn alles gut geht, deckt die Pensionskasse die Lücke. Wenn nicht, muss der Staat den Unglücklichen mit Ergänzungsleistungen unter die Arme greifen. Ein sinnvoll festgelegter Mindestzins hilft, diese implizite Staatsgarantie zu begrenzen.

Am wichtigsten ist der Mindestzins aber für all diejenigen, die ihre Aktien nicht schon mit zehn Jahren kaufen konnten.

Monika Bütler ist Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Universität St. Gallen und leitet das Schweizerische Institut für Empirische Wirtschaftsforschung.